



Regio-Ausgabe

 AZ Aarau-Lenzburg-Zofingen
 5001 Aarau
 058/ 200 58 58
 www.aargauerzeitung.ch

 Medienart: Print
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse
 Auflage: 26'630
 Erscheinungsweise: 5x wöchentlich

 Seite: 2
 Fläche: 33'099 mm²

 Auftrag: 1093893
 Themen-Nr.: 200.011

 Referenz: 65138687
 Ausschnitt Seite: 1/1

Gewerbeverband verwirft die Energievorlage

VON MATHIAS KÜNG

Delegiertenversammlung

Der Vorstand des Gewerbeverbandes hatte knapp ein Ja empfohlen. Die Delegierten entschieden anders.

Der Aargauische Gewerbeverband (AGV) lehnt das Energiegesetz am 21. Mai mit 55:23 Stimmen überraschend deutlich ab. Dies hat die Delegiertenversammlung in Wettingen nach einer bewusst kurz gehaltenen und sehr ausgeglichenen Diskussion beschlossen. Der Vorstand hatte noch mit hauchdünnem Mehr ein Ja empfohlen. Der Entscheid des Aargauer Verbandes war mit grosser Spannung erwartet worden, weil die Wirtschaft in der Schweiz höchst uneinig ist. Der Schweizerische Gewerbeverband empfiehlt bekanntlich mit Zweidrittelmehrheit ein Ja. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse konnte sich auf keine Parole einigen. Im Aargau empfehlen SVP und FDP, die im Gewerbe stark verankert sind, ebenso die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK), klar ein Nein. Die genauso stark im Gewerbe verankerten CVP und BDP sagen hingegen klar Ja. Bei dieser Ausgangslage könnte es im Aargau trotz Ja von GLP, EVP, SP und Grünen für die Vorlage eng werden. Das weiss Energieministerin Doris Leuthard gewiss. Sie kommt am 3. Mai für eine Diskussi-

onsveranstaltung nach Aarau.

Knecht: Kostet 50 000 Franken

In der Diskussion vor der Parolenfassung warb der Unternehmer und SVP-Nationalrat Hansjörg Knecht für ein Nein. Man sei in der Wirtschaft wie eine Familie, die jetzt auseinanderzubrechen drohe. Denn einige bekämen mit der Vorlage Geld, andere aber müssten das bezahlen. Die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) wer-

«Der KKW-Strom muss adäquat und mit selber Verfügbarkeit ersetzt werden.»

Jean-Philippe Kohl Swissmem

de allein seine Firma 50 000 Franken kosten.

Ein anderer Delegierter legte offen, dass seine Firma von der Vorlage profitieren würde. Er warb für ein Ja. Man möge solidarisch sein mit dem Schweizerischen Gewerbeverband, und weil man aus dem Atomstrom aussteigen wolle. Ein weiterer Votant warnte vor einem gewaltigen Staatsapparat, der Subventionen verwalte und verteile. Die vom Bund deklarierten Mehrkosten von 40 Franken glaube er absolut nicht. Ihm hielt ein nächster Redner entgegen, man solle mit der Vorlage noch mehr in die heimische Wasserkraft investieren, um nicht von ausländischen Importen abhängig zu werden.

Vor der Parolenfassung kreuzten der Geschäftsleiter von Swisscleantech,

Christian Zeyer (pro), und Jean-Philippe Kohl (kontra) vom Branchenverband Swissmem die Klängen. Im von FDP-Nationalrat Thierry Burkart moderierten Gespräch warb Zeyer für das Gesetz, das 15 Jahre Planungssicherheit gebe, was für die Wirtschaft sehr wichtig sei. Es bringe klare Regeln, so Zeyer. Ihm entgegnete Kohl, der Strom sei in industriellen Prozessen enorm wichtig, Stromausfälle vertragen es nicht. Dass der KKW-Strom über kurz oder lang weg falle, sei klar. Er müsse adäquat und mit selber Verfügbarkeit ersetzt werden. Die Vorlage könne das nicht.

Erstaunt über Finanzloch

In seiner Präsidialansprache zeigte sich AGV-Präsident Kurt Schmid überrascht, dass das aktuelle Finanzloch im kantonalen Haushalt mit über 200 Millionen Franken so gross ist. Wenn man wisse, welche Bereiche (etwa das Gesundheitswesen) den grössten Kostenanteil haben, spüre man wohl, wo man ansetzen müsse. Er kenne sich bei kleinen und mittleren Unternehmungen (KMU) wirklich gut aus, und er dürfe sagen, dass diese kaum über 50-Jährige auf die Strasse stellen. Dies sagte er mit Blick darauf, dass selbst schon stellenlose über 50-Jährige enorme Mühe haben, wieder eine Stelle zu finden.

An der Versammlung wurde im Weiteren Peter Etterlin (Gewerbeverein Muri) in den Vorstand gewählt.